

## **Kommentar zum Antwortschreiben der ADD vom 14.02.11 auf meine Eingabe vom 23.11.10**

Auch meine dritte Eingabe an die ADD wurde von dieser abschlägig beurteilt. Zweifelsohne kann man jede dieser Ablehnungen nur auf den je einzelnen Fall beziehen, der unabhängig beurteilt werden sollte. Dennoch zeigen sich bei näherem Hinsehen einige gemeinsame Strukturen, die nicht von Ungefähr kommen und in die Augen springen.

In allen drei Antwortschreiben wurde auf meine konkret angeführten Probleme in der Eingabe mit keinem Wort Bezug genommen. Kritische von mir angeführte Punkte und eindeutigen Fakten werden überhaupt nicht erwähnt oder bewertet, weil sie einfach übergangen werden, so als wären sie dadurch schon nicht-existent, weil sie im Antwortschreiben nicht mehr vorkommen.

Im vorliegenden Fall meiner Eingabe bezüglich der Vorlage 063/2007 wurde zur Beantwortung meiner Fragen eigens von der ADD eine Stellungnahme bei der Stadtverwaltung Trier eingeholt. Dies ist zweifelsohne notwendig und auch legitim, damit sich der jeweilige Sachbearbeiter bei der ADD ein eigenes Urteil bilden kann und dazu auch die „andere“ Seite hören will. Wenn dann aber in der Begründung der Ablehnung meiner Eingabe durch die ADD nur noch Bezug auf die „aktuelle“ Stellungnahme der Verwaltung der Stadt Trier genommen wird und mit keinem einzigem Wort realisiert wird, dass der Grund meiner Eingabe in der in der Vergangenheit liegenden Nicht-Bearbeitung der Vorlage von Seiten der Stadtverwaltung liegt, dann muss diese Begründung der Ablehnung durch die ADD doch sehr erstaunen.

Wird doch wiederholt auf in der „Zukunft“ liegende Absichtserklärungen der Stadtverwaltung zur Begründung der Untätigkeit in der Vergangenheit Bezug genommen – etwas, das nur einigermaßen plausibel erscheinen kann,

wenn eben nur auf die eigens erstellte „aktuelle“ Stellungnahme der Verwaltung völlig unkritisch Bezug genommen wird und zudem unterstellt wird, dass schon etwas getan wird.

Wie aber sollte man denn urteilen, wenn die Verwaltung für die ADD verlautbaren lässt, dass „[a]uch unter Berücksichtigung dieses Aspektes der Verwaltung der Stadt Trier die Priorität der Maßnahme „Straßenverbindung Aveler Tal – Metternichstraße“ diskussionsbedürftig erscheint“ (S. 3). –

Herzlichen Glückwunsch zu dieser erstaunlichen Einsicht! - Dass diese Einsicht aber satte drei Jahre gebraucht hat, um auch nur von der Verwaltung artikuliert zu werden – ganz zu schweigen von den läppischen sechs Jahren, für die der Bebauungsplan BK 22 für die Stadtverwaltung schon Rechtsverbindlichkeit erlangt haben müsste -, ist mit Verlaub gesagt nicht nachvollziehbar und wohl nur verständlich in Bezug auf einen gewissen Druck, den meine Eingabe an die ADD für die Verwaltung erzeugt hat.

Insbesondere scheint der folgende Satz doch sehr optimistisch und zukunftsbezogen formuliert zu sein:

„Dabei ist die Verwaltung der Stadt zuversichtlich, dass im Rahmen der Neuaufstellung des Mobilitätskonzepts der Stadt Trier noch in diesem Jahr eine entsprechende Entscheidung über die Priorität künftiger Straßenbaumaßnahmen getroffen werden kann“ (S. 3).

Nur zur Erinnerung: Es ging mir aber über eine Bewertung der „Nichttätigkeit“ der Verwaltung in Bezug auf die Vorlage 063/2007 - und diese liegt in der Vergangenheit, nicht in der Zukunft. - Obwohl auch dies nicht ausgeschlossen werden kann!

Eine klare Planungsgestaltung ist hier offensichtlich ganz zu vermissen. Da werden die Ratsbeschlüsse wieder einmal gegen einander ausgespielt, nachdem sie zuvor bewusst in die Länge gezogen wurden. Jetzt entschließt man

sich „zukünftiglich“ Handel zu wollen, so als ob man denjenigen Menschen weiter vertrauen könne, von denen der Volksmund zu berichten weiß: Wer einmal Lügt, dem glaubt man nicht!

So soll es die „Neuaufstellung des Mobilitätskonzeptes der Stadt Trier“ (S.3) es richten! Dass dieses Konzept aber in Bezug auf die Bewertung der Wirtschaftlichkeit der „Umfahrung Kürenz“ zumindest in der bisherigen Vorstellung am 03.02.11 im Rathaus zumindest nicht vollständig, wenn nicht sogar falsch ist, habe ich in einem eigenen Schreiben vom 03.03.11 an die Baudezernentin der Stadt Trier und an das planende Ingenieurbüro dargestellt. - Es macht eben einen gewaltigen Unterschied, ob die Berechnungen des Verkehrsflusses nur auf die Entlastung einer einzelnen Straße (Avelsbacher Straße) bezogen werden oder aber – wie es richtig wäre – in Bezug auf einen ganzen Stadtteil (Altkürenz), der allemal mehrere Straßen aufweist und erheblich mehr Anwohner/innen aufzuweisen hat als beispielsweise die vergleichsweise herangezogene Franz-Georg-Straße in Trier Nord.

Dass die Argumentation der ADD selbst mit dem erstaunlichen Ausdruck einer „rechtlich funktionslose[n] Hülle“ (S.3) argumentieren muss, zeigt eigentlich nur die völlige Nacktheit dieser Argumentation auf. Diesen Ausdruck muss die ADD aber für sinnvoll erklären, weil das Bundesverwaltungsgericht (BVG) in Bezug auf die Abweisung der zweiten Normenkontrollklage der „Bürgerinitiative Lebenswertes Kürenz“ (BI) ausdrücklich erklärt hatte, dass die durchgeführte Nachrüstung mit Schallschutzfenstern im Aveler Tal, in der Domänenstraße und in der Avelsbacher Straße nur als „vorübergehende Problembewältigung“ angesehen werden könne. Diese Lösung sei nicht als die endgültige Verkehrslösung für Altkürenz zu werten. Das BVG nennt zudem auf ein Kriterium, an dem konkret überprüft werden kann, ob die Stadt Trier tatsächlich die von der BI geforderte und vom BVG bisher „nicht bezweifelte“ dauerhafte Entlastung vom Durch-

gangsverkehr „realistischer Weise“ in Angriff nimmt – oder nicht.

Nicht zuletzt wurden in den letzten Jahren immer wieder Haushaltsbeschlüsse des Rates zur Finanzierung der Umgehung Kürenz in den jeweiligen „Nachtragshaushalten“, die mit entsprechenden Auflagen der ADD zur Konsolidierung belegt wurden, zurückgenommen – eben weil die ADD es so wollte! – Wenn dann in der ablehnenden Begründung meiner Eingabe von der ADD zu lesen ist, dass „die Zurückstellung der Maßnahmen letztlich vom Stadtrat mitgetragen wurde und wird, denn schließlich hat dieser nach Ihren eigenen [d.h. meinen, J.V. ] Angaben für das Projekt bereits bereitgestellte Mittel aus Gründen der notwendigen Haushaltskonsolidierung aus dem damaligen städtischen Haushaltsplanung wieder herausgenommen und neue Mittelbereitstellungen für eine Realisierung der geplanten o.a. Maßnahme erst für spätere Haushaltsjahre (2015ff) in die städtische Finanzplanung und Investitionsübersicht eingestellt“ (.3f), dann wurde meiner „Eingabe“ das Wort im Munde umgedreht! – Eben dieses Verhalten des Rates sollte von der ADD überprüft werden. Deshalb habe ich diesen Hinweis gegeben, nicht aber als Rechtfertigung für das Nicht-Handeln.

Nicht erwähnt wird hier leider der Umstand, dass die Stadt in ihrem Haushaltsplan ein Jahr zuvor von Mittelbereitstellungen schon (!) im Jahre 2014 sprach – eigentlich aber laut Vorlage 063/2007 „bis Ende 2007“ eine „detaillierte Kostenrechnung und Prüfung der Realisierungs- und Finanzierungsmöglichkeiten“ vorlegen wollte! Und im Jahr 2011 sollte die Umgehung fertiggestellt sein! - Ich frage mich erneut: Was soll man davon halten?

Trier, den 11.03.11

Johannes Verbeek